

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Volkszeitung des Bezirks

**Beungspreis:** Vierteljährlich 20 M. ohne Jura  
fragen. — Einzelne Nummern  
20 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.  
Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postcheck-  
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die lebendige Zeitung  
20 M. außerhalb der Kreis-  
hauptmannschaft 25 M. im amtlichen Teil (aus  
von Beobachter die Seite 200 M. — Geringe und  
Reklame 300 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 243

Sonntag den 16. Oktober 1921

87. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Freitag und Sonnabend, den 21. und 22. Oktober 1921 werden die Geschäftsräume des unterzeichneten Amtsgerichts geräumt. Es können deshalb an diesen beiden Tagen nur wirklich dringliche Geschäfte erledigt werden.

Dippoldiswalde, am 3. Oktober 1921. V. Reg. 5 b/21.

Das Amtsgericht

#### Verbilligte Kartoffeln betr.

Die zur Verfügung gestellten verbilligten Kartoffeln werden nur durch das Stadtgerichtsamt verteilt. Ein unmittelbarer Bezug vom Landwirt ist unzulässig, weil sich daraus verschiedene Unzuträglichkeiten ergeben und namentlich die Übersicht und Kontrolle erschwert wird. An die **bedürftigsten Einwohner** der Stadt (Almosen-Empfänger, Alters- und Invalidenrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegsblinder, Kleinrentner und verheiratete, längere Zeit Erwerbslose) werden Mittwoch den 19. d. M. vormittags 10 Uhr im Rathaus, 2. Obergeschoss,

#### Ausweise

ausgegeben, die sorgfältig aufzubewahren und bei jeder Belieferung hier vorzulegen sind. Kartoffeln werden nur gegen sofortige Barzahlung abgegeben.

Dippoldiswalde, am 15. Oktober 1921. Der Stadtrat

#### Schöffen- und Geschworenen-Urkiste.

Die für die Stadt Dippoldiswalde auf das Jahr 1921 aufgestellte Schöffen- und Geschworenen-Urkiste liegt eine Woche lang und zwar vom 17. bis mit 24. Oktober 1921

im Rathaus, Janauer Nr. 11, 1. Obergeschoss zu jedermann's Einsicht aus.

Innerhalb dieser einwöchigen Frist kann Einspruch gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Urkiste schriftlich oder zu Prototyp bei dem unterzeichneten Stadtrat erhoben werden. Mit der Urkiste liegt eine beglaubigte Abschrift der für die Berufung zum Schöffen- und Geschworenenamte maßgebenden gesetzlichen Vorschriften aus.

Dippoldiswalde, am 14. Oktober 1921. Der Stadtrat

#### Weitere amtliche Bekanntmachungen in der Beilage.

#### Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 14. Oktober 1921.

Das Kollegium ist vollständig bis auf den entschuldigten Stadtverordneten Meinhold. Von Rate sind erschienen der Bürgermeister und die Stadträte Gieholt, Jäckel und Frisch.

Kenntnis genommen wird von der Abrechnung über den öffentlichen Obstverkauf. Die Einnahme beträgt 7808,70 M., die Ausgabe 1613.— M. (darunter 1153 M. Arbeitslöhne und 400 M. an die Armenkasse für das Obst aus dem Armendausgarten), der Reinertrag demnach 5895,70 M. im Haushaltplan sind 3000 Mark eingestellt). Dabei war der höchste Preis nur 1 M. für ein Pfund. Stadtrat Gieholt weist darauf hin, daß der Hauptvorteil des Selbstbewirtschaftung der sei, daß das Obst hierzu genügt komme, wofür bei der Verpflichtung eine Gewähr selbstverständlich nicht bestehe.

Weiter wird Kenntnis genommen vom Verkaufe des Mietwohnbaus an der Altenberger Straße (Sträßer Rosenthal) an den Pferdehändler Paul Wolf für 55000 M. 20000 M. wurden angezahlt, 35000 M. als erste Hypothek eingetragen. Der neue Besitzer hat sich verpflichtet, während der nächsten zwei Jahre die Mieten nicht zu steigern, außer wenn erhöhte Grundstückssteuern es bedingen. (Es handelt sich selbstverständlich nur um Kenntnisnahme von der gerichtlichen Regelung des Verkaufs, da dieser selbst ja ohne die Zustimmung der Stadtverordneten nicht vorgenommen werden konnte.)

Schließlich nimmt man noch Kenntnis von einem Schriftwechsel als Folge des letzten großen Ausfalls des elektrischen Stromes von Lichtenberg. Die Firma Blanke u. Rost wandte sich in einem Schreiben (dessen Schärfte voll zu verstehen ist, umso mehr, als die Firma an das Gleichstromnetz nicht angeschlossen ist, schon aus diesem Grunde vom besseren Werke, das damals eingesprungen ist, nicht befürchtet werden konnte und mit noch anderen lange Zeit ohne Strom blieb) an den Stadtrat, droht mit gerichtlicher Bekanntmachung des entstandenen Schadens und verurteilt scharf die äußerst mangelhafte Versorgung mit Strom im vorigen Winter, wie das ganze Gebahren der Zentrale überhaupt, insbesondere das Unterlassen jeder rechtzeitigen Benachrichtigung und rechtzeitiger Erfahrbeschaffung durch dieselbe. Auf dieses Schreiben, das im Wortlauten der Zentrale Lichtenberg mitgeteilt wurde, antwortet diese, daß in der Tat Kohlenmangel die Ursache gewesen sei. Größere Kohlenvorräte könne man zurzeit nicht halten, da der Kohlenbunker noch im Bau sich befindet. Man sei deshalb auf den täglichen Eingang angewiesen. Plötzlich seien die Kohlen ausgebleiben infolge von Maßnahmen der Kohlenbewirtschaftungsstelle, über die noch verhandelt werde. Man

habe alle Hebel in Bewegung gesetzt, Kohlen zu erlangen, und bis zur letzten Minute auf Erfolg gerechnet. Vergabens. Schließlich sei auch noch unbrauchbarer Erfolg geliefert worden. Eine telefonische Benachrichtigung sei bei der damals unbeschreiblichen Überlastung des Telefons nicht möglich gewesen. Später seien dann so große Mengen Kohle angeliefert worden, daß der Bahnhof Lichtenberg völlig verstopft gewesen sei. Die Zentrale behalte vor, die Öffentlichkeit über die Altkstände aufzuklären, die die Kohlenbewirtschaftung hier mit sich gebracht habe usw. Eine beim Stadtrat weiter eingegangene Beschwerde der Eisenbahndirektion wurde mit einer solchen des Stadtrats selbst, noch ehe die obige Antwort der Zentrale hier eingegangen, dieser ebenfalls übermittelt. Schärfster Protest erhebt der Stadtrat wegen des bereits im Schreiben von Blanke u. Rost gerügt Gebrechens der Zentrale und beweist, daß Kohlenmangel der Grund des Ausbleibens des Stromes sei. Es scheine, als sollte der Stromabnehmer büßen für Differenzen, die zwischen Zentrale und Koblenzamt bestehen. Der Abnehmer habe jedes Vertrauen zum Werke verloren, und man hege die schwersten Bedenken für den kommenden Winter. Auch sei die zweite Zuleitung trotz Ablaufs des Termins noch nicht gebrauchsfertig. Umgehend sei nunmehr dafür zu sorgen, damit wir dann von Pirna aus beliefern werden können. Wegen etwaiger Schadenansprüche an das städtische Elektrizitätswerk und wegen des Schadens, der diesem entstand, und noch entsteht, bedalte man sich weitere Schritte vor, wenn der bestehende Vertrag auch fernerhin so schlecht eingebalzt werde usw. In der Antwort bezieht sich die Zentrale auf ihr obiges Schreiben und verweist sich gegen den Vorwurf, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkomme. Die zweite Zuleitung sei was an ihr liege, fertig. Wenn sie noch nicht in Betrieb genommen sei, so liege das daran, daß die Post ihre Drahtleitungen an mehreren Stellen verlegen müsse; hierfür gäbe es jetzt neue Vorschriften. Sobald dies geschehen sei, sei auch die Zuleitung betriebsfertig. (Aus der Mitte des Kollegiums wird bestätigt, daß die Leitungen der Post zurzeit gearbeitet.) Die Bestimmung darüber, woher der Strom für diese Leitung gegebenenfalls genommen werde, müsse sich die Zentrale vorbehalten. Sie habe den Strom seit längerer Zeit von sich aus und zwar prompt geliefert, was sogar anerkannt worden sei. Woher da Befürchtungen für den Winter kommen sollen, verstehe man nicht usw. Man will es zunächst beweisen lassen.

Nach einem Schreiben des Gaswerkes Müglitz erhöht sich der Gaspreis ab Oktober von 1,30 auf 1,60 M. Der Prüfungsausschuss batte ursprünglich eine Erhöhung von 45 Pf. ausgerechnet, die aber bei Verhandlungen mit dem Werke schließlich auf 30 Pf. herabgesetzt wurde. Wie der Bürgermeister erwähnt, wurde auf dem Bürgermeisterstag festgestellt, daß das bisherige Verfassungsgebot sich noch immer der niedrigsten Preise im Gesamtgebiete der Thüringer Gasgesellschaft erstrecke.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Drucklegung der Stadtkronik, steht Referent an Hand der Akten aus, wie man im Jahre 1913 einen Fonds gegründet habe zur Feier des 11. Juni 1918, der 700 jährigen Wiederkehr des Tages, an dem Dippoldiswalde erstmals nachweisbar auffällig genannt werde. Der Fonds, heute über 5000 M., ist noch vorhanden, da ja die Fehler unterbleiben mußten. Gleichzeitig habe man damals die Schaffung einer Stadtkronik beschlossen und Herrn Oberlehrer Knebel in Freiberg, ein Dippoldiswalder Kind, um deren Bearbeitung gebeten. In dankenswerter Weise habe Herr Knebel zugesagt, und zwar ohne Beanspruchung eines Honorars, nur gegen Erfolg der baren Auslagen. Die Arbeit liege jetzt vor. Sie sei ein Lebenswerk des Verfassers, der bereits 1877 damit begonnen habe, und schließe ab mit dem 11. Juni 1918, umso gerade 700 Jahre. Leider sei die bearbeitete Drucklegung infolge der jetzt so hohen Kosten nicht möglich. Einen Ausweg bietet ein Antrag des Verlags der "Weißeritz-Zeitung", die Stadtgeschichte abschnittsweise zum Abdruck zu bringen, gleichzeitig aber noch Sonderabzüge auf besonderem Papier herzustellen. Hiermit soll der Verfasser sich einverstanden erklären, da dies tatsächlich als der einzige Weg erachtet, die Drucklegung überhaupt zu ermöglichen. Inwieweit würden also der Stadt durch die Drucklegung Kosten nicht entstehen. Kollegium ist damit einverstanden, wie auch damit, daß das Druckwerk durch eine Anzahl Bilder geschmückt wird, und die Kosten für die dazu notwendigen Kästchen aus dem genannten Fonds bestreitet werden. Letztere bleiben Eigentum der Stadt. Redner spricht noch unter allgemeiner Zustimmung Herrn Oberlehrer Knebel, wie überhaupt allen, die um die Geschichte unserer Stadt sich verdient gemacht haben, herzlichen Dank aus.

Herr Bückermeister Döhnert hat die Wahl als Mitglied des Wohnungsausschusses abgelehnt. Man beschließt, die Stelle vorläufig überhaupt nicht zu besetzen. Der nächste Punkt betrifft das Müllerschuldbach. Die Arbeiten waren ausgeschrieben. Der Bauausschuß schlug vor, die Klempnerarbeiten für 11288 M. dem Klempnermeister Kröhnert, die Schieferdeckerarbeiten für 44400 M. dem Schieferdeckermeister Wendler zu übertragen. Aber noch vor der definitiven Auftragserstellung erklärte Kr., daß er infolge Steigens der Inkelpreise sein Angebot auf 11750 M. erhöhen müsse. (Aus der Versammlung wird darauf hingewiesen, daß mittlerweile das Ink. weiter gestiegen ist.) W. erklärt ebenfalls, sein Angebot nicht aufrecht erhalten zu können. Die Schieferarbeiten könnten zurzeit überhaupt nicht liefern und binden sich an gar keinen Preis, liefern nur zum jeweiligen Tagespreis. So würde seine Arbeit am 20. September 54800 M. gekostet haben. Er könnte die Arbeit nur übernehmen, wenn man den Preis am Lieferungstage anerkenne. Wann die Lieferung erfolgen werde, wisse er nicht. Man hält es für das Beste, die Genannten mit der sofortigen Bestellung der benötigten Materialien zu beauftragen, und sieht seinerzeit weiterer Vorlage wegen der Mehrkosten entgegen.

Weiter nimmt man Kenntnis davon, daß die Eisenbahndirektion die neuen Preise für Lokomotivspülwasser anerkannt hat: bis 3200 Kubikmeter 80 Pf. bei Mehrverbrauch 60 Pf. pro Kubikmeter. Zum Schluß genehmigt man folgende Pachtübertragungen: Die Wiese Nr. 393 Teil I erhält der bisherige Pächter Oppelt für 250 M. (die Gebote schwanken zwischen 160 und 250 M.).

Feld Nr. 871 erhält Oehnom Klemm für 750 M. (Gebote 400 bis 980,50 M.). Feld Nr. 34 erhalten Göhler und Fischer zusammen für 270 M. (Gebote 250—270 M.). Garten Nr. 10 erhält Privatus Mende für 10 M. Weißeritz-Gieholt erhält Pappensabrik Dippoldiswalde für 110 M. (Gebote 80—110 M.). Reinoldshäuser Leiche erhält Leberhändler Max Arnold für 275 M. (Gebote 80—275 M.). Es wurde Rücksicht darauf genommen, denjenigen, die wegen der Kriegsbedeutung Land abtreten mußten, Erfolg zu schaffen. Den bisherigen Pächtern gab man Gelegenheit, in das Nachstgebot einzutreten. Damit ist die öffentliche Sitzung erledigt.

#### Öffentliches und Sachliches.

**Dippoldiswalde.** So ändern sich die Verhältnisse und damit die Meinungen. Als seinerzeit die Garde zum Verlauf stand, trug man sich stark mit dem Gedanken, sie für die Stadt zu erwerben, der Schule wegen. Viele Stunden wurden verdeckt. Schließlich äußerte sich der Schulaustrich in vernehmendem Sinne. Der Platz, den dadurch zu gewinnen sei, sei doch sehr klein, er gestattete höchstens eine Vergrößerung der Turnhalle, aber auch das nicht in idealer Weise. Zudem werde es sehr teuer, da ja das Gebäude erst befreit werden müsse und durch die Einzäunung usw. noch recht bedeutende Ausgaben unvermeidlich seien. Uebrigens habe man die Reserve ja in den zu diesem Zweck erworbenen Russischen Grundstücken. Diese Ansicht machte sich schließlich auch die übergroße Majorität der städtischen Kollegen zu eigen. Der Anlauf unterblieb. Über noch lange Zeit erhoben sich Stimmen auch in der Einwohnerschaft, die das als einen Fehler bezeichneten. Heute verkauft man auch die Russischen Grundstücke wieder. Man mag seine guten Gründe gehabt haben. Die "Freuden des Hausbesitzers", wie sie die ganze Handhabung des an sich ja notwendigen Mieterschutzes mit sich bringen, mögen nicht der letzte gewesen sein, vielleicht auch der Umstand, daß ja aus dem gleichen Grunde auf lange hinaus nicht daran gedacht werden konnte, die Grundstücke schulisch zu benutzen. Da die Verhandlungen ja nicht öffentlich geführt wurden, ist man nur auf Vermutungen angewiesen. Jedenfalls hat man sich aber doch sehr reislich überlegt, eben der Schule wegen. Nun, wie dem auch sei: So ändern sich die Verhältnisse und damit die Meinungen!

Morgen Sonntag früh 7 Uhr findet die Hauptübung beider heiligen Feuerwehren statt, auf deren pünktlichen und zahlreichen Besuch alle dazu verpflichteten besonders aufmerksam gemacht seien.

Am 17. und 18. Oktober (nächsten Montag und Dienstag) werden die Geschäftsräume des heiligen Stadtrats, sowie am 21. und 22. Oktober (nächsten Freitag und Sonnabend) die der Amtshauptmannschaft gereinigt. Nur wirklich dringliche Geschäfte können daher an diesen Tagen von beiden Behörden erledigt werden.

Wegen Reinigung des Rathauses muß auch die Volkssbibliothek am Montag abend geschlossen bleiben.

Wie wir erfahren, hat die Amtshauptmannschaft auf ausdrückliches Ersuchen aus Landwirtschaftkreisen alle Ortsbehörden und Polizeiorgane angewiesen, diejenigen Kartoffelerzeuger anzugeben, die höhere Kartoffelpreise als die von der Preissortierungskommission bekanntgegebenen fordern oder sich zahlen lassen. Dagegen ist es jedem Landwirt unbenommen und im Interesse vieler Verbraucher, die auch die notierten Preise nicht anlegen können, nur zu begründen, wenn unter die notierten Preise herabgegangen wird.

Für die Erneuerung der Kirche in Auerswalde soll am morgenden Sonntag nach Anordnung der obersten Kirchenbehörde eine Kirchenkollekte gesammelt werden. Es handelt sich um eine alte, wertvolle Kirche; sie ist ein romanischer Bau aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Das Balkenwerk des Daches ist so verrostet, daß sogar mit polizeilicher Schließung der Kirche wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gerechnet werden muß. Können wir keine neuen Kirchen bauen, so wollen wir doch die bestehenden opferfreudig erhalten.

Wie schon vor einigen Jahren, so erhalten auch jetzt wieder viele Personen — namentlich Frauen — Briefe zu senden, in welchen ein Jetzeli folgenden Inhalts liegt: "Für das Glück. Schreibe dies ab und sende es 9 Menschen denen Du Glück wünscht. Zerreiß die Kette nicht, denn wer sie zerreiht, soll Unglück haben. Diese Kette ist von einem amerikanischen Offizier ausgegangen und soll das zweite Mal um die Welt gehen. Tue es binnen 24 Stunden und Du wirst große Freude haben. Zähle 9 Tage. +++." Schon um des Portos (3,60 M.) wegen möchten wir allen, die solche Briefe erhalten haben, empfehlen, diese in den Ofen zu stecken.

"Ichtbild-Vorträge religiöser Art beginnen am Dienstag abend 8 Uhr im Saale des „goldnen